

## Schwerpunkt Aktuelles zum Coronavirus

## Zahlreiche Personalausfälle erwartet

**Krisenplan** Es wird erwartet, dass mit Omikron Infizierte seltener auf die Intensivstation müssen. Und so zielt die aktuelle die Strategie weniger auf Eindämmung als auf Durchseuchung. Im Bildungsbereich, in der Wirtschaft und doch auch im Gesundheitswesen dürften anspruchsvolle Wochen bevorstehen.

VON DAVID SELE

In der Schweiz sorgt die Omikron-Variante des Coronavirus bereits seit zwei Wochen für Rekordwerte bei den täglichen Neuinfektionen. Auch in Liechtenstein hat die neue Variante jetzt überhandgenommen und die Fallzahlen steigen sprunghaft an. Weil Omikron auch viele Geimpfte infiziert, sind jedoch vermehrt milde Krankheitsverläufe zu beobachten. Auch bei Ungeimpften scheint die neue Variante im Schnitt nicht so gefährlich zu sein wie Delta. Wegen der gemäss Prognosen nun in ein nie gesehenes Ausmass steigenden Infektionen, ist aber in den kommenden Wochen dennoch mit einem starken Anstieg der Spitalerweisungen zu rechnen. Doch der Schweizer Bun-

desrat und Liechtensteins Regierung halten sich mit Verschärfungen der Massnahmen zurück. Dies bekräftigte der Schweizer Gesundheitsminister Alain Berset am Mittwoch via Twitter abermals. Entscheidend sei, wie viele Omikron-Infizierte Intensivpflege benötigen. Und dies scheinen momentan weniger zu sein, als bei früheren Virusvarianten. Während die Intensivstationen also bis anhin das «Schlachtfeld» der Pandemie darstellten, wird die Omikron-Welle nun stärker in anderen Bereichen des Lebens zu spüren sein. Dies in Form von Personalausfällen, weil viele Menschen gleichzeitig erkranken.

**Fernunterricht jederzeit möglich**

Auch eine Schliessung der Schulen rückt somit plötzlich wieder in den

Bereich des Möglichen, bleibt aber das letzte Mittel. Systemrelevant sind dabei die Lehrpersonen. In erster Linie versuchen die Schulen bei Personalausfällen, diese eigenständig zu kompensieren. Sollte dies nicht mehr möglich sein, würden Ersatzlehrer angefragt, erklärt das Bildungsministerium auf «Volksblatt»-Anfrage.

Vergleichsweise weniger problematisch sind Ausfälle bei den Schülern. «Fallen grosse Teile einer Klasse aus, kann die Schulleitung gemäss Stundenplan Fernunterricht einführen», so das Bildungsministerium. Bei einem starken Anstieg der Infektionszahlen an einer Schule wird die höchste Stufe, des im Dezember ausgearbeiteten dreistufigen Eskalationsmodells aktiviert. Das heisst, der Betrieb am betroffenen Schulstand-

ort wird auf das Notwendigste reduziert. «Aufgrund der Tatsache, dass alle Schülerinnen und Schüler im Rahmen des ICT-Projekts bereits mit persönlichen mobilen Geräten ausgestattet wurden, ist Fernunterricht grundsätzlich jederzeit möglich», so das Bildungsministerium weiter.

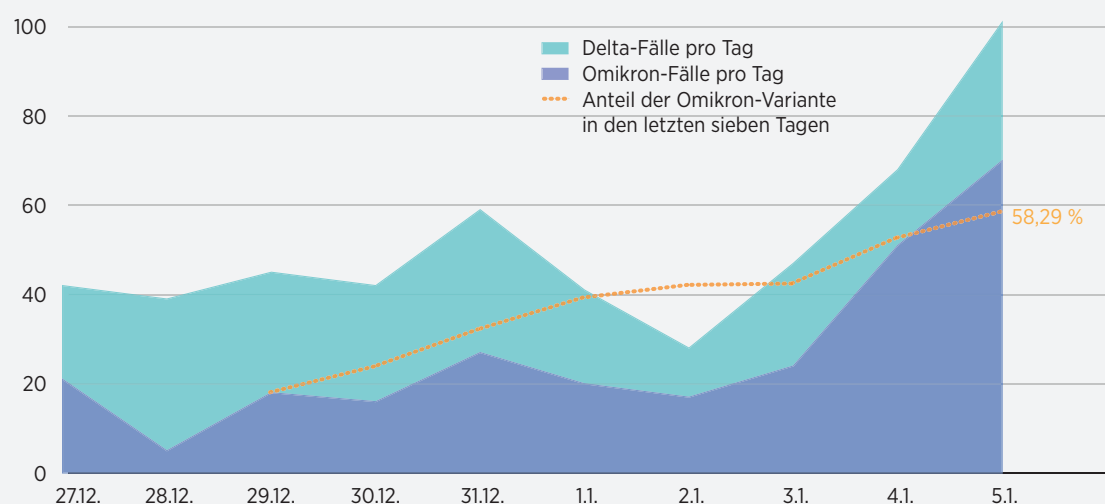
**Wirtschaft muss sich vorbereiten**

Um Personalausfälle zu reduzieren, hat die Regierung kürzlich bereits die Bestimmungen zur Kontaktquarantäne angepasst. So müssen Personen, die Kontakt zu einem Infizierten hatten, nur noch 7 Tage in Quarantäne. Generell wird im Moment aber allen geraten, im Homeoffice zu arbeiten. Der Schweizer Gesundheitsminister Berset twitterte am Mittwoch, die Wirtschaft müsse sich auf mehr Ausfälle vorbereiten und

alles daransetzen, Ansteckungen zu vermeiden. Tatsächlich sorgt Omikron in der Schweiz bereits für spürbare Lücken im Gesundheitswesen. Im Wallis wurden nun verfügbare Gesundheitsfachkräfte dazu aufgerufen, Gesundheitseinrichtungen mit Personalmangel zu unterstützen. «Personen mit einer Ausbildung im Gesundheitsbereich werden gebeten, sich so schnell wie möglich zu melden», hiess es in einer Mitteilung. Hotels und Restaurants in Graubünden mussten wegen erkrankter Angestellter schliessen oder zumindest Teilbereiche ausser Betrieb setzen. Auch die SBB warnten vor möglichen Zugausfällen in den kommenden Tagen wegen kranker Lokführer. Und in Freiburg mussten die Verkehrsbetriebe den ÖV-Fahrplan bereits ausdünnen.

## Ausbreitung der Omikron-Variante

Gemeldete Coronainfektionen seit dem 27. Dezember 2021



Quelle: Amt für Statistik, eigene Berechnungen; Stand: 5. Januar; Grafik: «Volksblatt», df

**Sprunghafter Anstieg****169 Coronafälle innert zwei Tagen, davon 121 mit Omikron-Variante**

**VADUZ** Innerhalb zweier Tage wurden 169 weitere Personen, die in Liechtenstein wohnen, positiv auf das Coronavirus getestet. Mit 101 positiven Coronatests am Mittwoch wurde der zweithöchste Tageswert seit Pandemiebeginn erreicht. Etwas mehr waren es nur am 6. Dezember 2021, als 109 Fälle gemeldet wurden. Dabei handelte es sich wegen Verzögerungen im Labor jedoch um die Ergebnisse mehrerer Tage. Innerhalb der letzten sieben Tage wurden nun durchschnittlich 55,4 neue Corona-Infektionen pro Tag gemeldet. In den sieben Tagen zuvor waren es im Durchschnitt täglich 35,1 neue Infektionen. Grund für den sprunghaften Anstieg ist die zunehmende Verbreitung der Omikron-Variante, die das Infektionsgeschehen dominiert. Bei 121 der 169 für Dienstag und Mittwoch gemeldeten Neuinfektionen handelte es sich um Omikron. Die Omikron-Variante machte in den vergangenen sieben Tagen 58,3 Prozent der gemeldeten Neuinfektionen aus. Wie aus den Zahlen des Amtes für Statistik weiter hervorgeht, beläuft sich die kumulierte Fallzahl seit Beginn der Pandemie mittlerweile auf 6452 laborbestätigte Corona-Infektionen. (red)

## Neue Partei «MiM» will bei Gemeinderatswahlen mitmischen

**Gegründet** In Liechtenstein will sich eine neue Partei etablieren. Drei der Gründungsmitglieder von «Mensch im Mittelpunkt» gaben Einblick in ihre Intentionen und Ziele.

VON DANIELA FRITZ

Aus den Reihen der Corona-Massnahmegegner soll eine neue Partei entstehen. Dem Amt für Justiz liegt bereits ein entsprechender Antrag vor, damit der Verein ins Handelsregister eingetragen wird. Dieses Ansuchen wird derzeit auf die üblichen Anforderungen geprüft, wie auf «Volksblatt»-Anfrage bestätigt wurde. Zu lesen war von den Plänen zur Parteigründung auch schon am Montag in einschlägigen Foren auf dem Messengerdienst Telegram.

**Gegen Verbote und Zwänge, aber keine Massnahmegegner?**

Unter «Mensch im Mittelpunkt» (MiM) will man sich auf politischer Ebene unter anderem dafür einsetzen, dass die Coronamassnahmen aufgehoben werden und das Land «wieder in die Normalität» geführt wird. «Wir sind gegen Verbote, Zwänge, Strafen in und mit Corona», so der Vorstand in einem Forumsbeitrag, der am 7. Januar im «Volksblatt» erscheinen wird. Als «Massnahmegegner» will man sich dennoch nicht bezeichnen lassen, liess

der Vorstand die Medien wissen. «Wir sind eine freiheitliche Partei», erklärten drei der Gründungsmitglieder, Kevin Marxer, Harald Eckstein und Kevin Schönheinz, am Mittwochabend gegenüber Radio L. «Wer uns wählt, kann damit rechnen, dass es mit uns Dinge wie Berufsverbote, direkten oder indirekten Impfpflicht, Maskenzwang oder Strafen nicht geben wird», betonte Eckstein. So ganz klar scheint die politische Richtung aber noch nicht zu sein. Marxer ortet die Partei «zwischen VU und FBP» ein - den beiden Regierungsparteien, die gemeinsam die Massnahmen beschliessen. Mit der aktuellen Lage zeigt man sich bei MiM aber nicht einverstanden, es handle sich um eine «Notsituation». MiM sieht die Menschenrechte in Gefahr: Wenn geimpfte und ungeimpfte Menschen gegeneinander ausgespielt werden, sei dies Diskriminierung. «Das würde man bei jedem weissen und dunkelhäutigen Menschen auch so sehen», findet Eckstein.

**Möglichst einstimmig entscheiden**

Noch befindet sich die Partei im Aufbau und ganz am Anfang des Entstehungsprozesses. Nun will man eine Website aufbauen und Mitglieder werben. Statt eines Parteipräsidenten soll es einen Vorsitzenden geben. Wer den Vorsitz übernimmt, ist nicht bekannt. Entscheide würden aber von allen Gründungsmitgliedern im Team getroffen, hier strebt

MiM Einstimmigkeit an. Neben Marxer, Eckstein und Schönheinz seien auch Sabrina Banzer, David Marock, Christoph Erne und Ernst Erne unter den Gründungsmitgliedern. Zudem hätten sich bereits «sehr viele» Menschen gemeldet, seit die Idee der Parteigründung öffentlich wurde. Rund 10 Leute in zwei Tagen, präzisierte Eckstein.

**Ziel: Mindestens 11 Kandidierende für die Gemeinderatswahlen**

Die Ambitionen sind hoch: MiM will «auf jeden Fall» bei den Gemeinderatswahlen 2023 mitmischen. Noch befindet sich die Partei im Aufbau und organisatorisch gibt es noch viel zu tun. «Aber wir haben genügend Vorlaufzeit, um gut aufgestellt zu sein», meinte Marxer. Wie Eckstein ergänzte, will man mit mindestens einer Person pro Gemeinde kandidieren. Für Vaduz hätten sich sogar schon zwei Kandidaten gefunden. Bis zu den regulären Landtagswahlen sind es hingegen noch drei Jahre. Um früher auf Landesebene mitzuspielen zu können, bräuchte es also Neuwahlen. 1500 Stimmberechtigte könnten eine Volksabstimmung zur Auflösung des Landtags in die Wege leiten. Aktiv in die Hand nehmen wollen die Neopolitiker das aber nicht, gaben sie zumindest im Radio an. Eckstein, Marxer und Schönheinz machen aber auch kein Geheimnis daraus, dass vorgezogene Wahlen «Mensch im Mittelpunkt» in die Karten spielen würde.

**Schulboykott wegen Maskenpflicht****46 Eltern-Unterschriften an Regierung übergeben**

**VADUZ** Als die Regierung das Mindestalter für die Maskenpflicht auf 6 Jahre senkte, war die Idee schnell geboren: Die Kinder nach den Ferien einfach nicht in die Schule schicken. Frei nach dem Motto «Keine Schule ohne Kinder». Ebenso schnell wurde eine Unterschriftenaktion aufgelegt. Knapp drei Wochen später wurden die Unterschriftenbögen am Mittwoch nun der Regierungskanzlei übergeben. Wie das Bildungsministerium am Mittwochabend auf «Volksblatt»-Anfrage erklärte, haben 46 Eltern und Erziehungsberechtigte unterschrieben. Auf den Unterschriftenbögen würden diese erklären, «dass sie ihre Kinder am Montag, den 10. Januar, aus Protest gegen die befristete generelle Maskenpflicht ab 6 Jahren in öffentlichen Räumen nicht in die Schule schicken werden». Angesichts dessen, dass die Unterschriftensammlung bereits Mitte Dezember gestartet wurde, erscheint das Ergebnis von 46 Unterschriften als relativ gering. Das dürfte aber auch daran liegen, dass die Aktion zeitweise komplett zu versanden drohte. Zwar wurden fleissig Unterschriftenbögen verbreitet, doch lange war unklar, wo man die Unterschriften überhaupt abgeben kann und wer die Sammlung koordiniert. Auch was mit den Unterschriften genau geschehen soll, war zunächst offen. Wie viele Kinder dem Unterricht am Montag tatsächlich wegen der Maskenpflicht fernbleiben werden, ist unklar. «Wir

gehen aber davon aus, dass die sehr grosse Mehrheit der Schülerinnen und Schüler ganz normal die Schule besuchen wird», so das Bildungsministerium.

**Anderer Widerstandsformen häufiger**

Für manche Eltern, die gegen die Maskenpflicht sind, ist es zudem keine Option, das Kind einfach zu Hause zu lassen. Sie versuchen beispielsweise mit selbst geschriebenen Attesten und anderen pseudojuristischen Dokumenten Druck auf Lehrpersonen und Schulleitung auszuüben. Dazu schrieb das Schulamt am Mittwoch in einem Brief an alle Eltern: «Von Eltern unterzeichnete Schreiben, wie sie in den letzten Tagen an verschiedene Schulleitungen abgegeben wurden, können nicht akzeptiert werden.» Eine Befreiung von der Maskenpflicht könne nur aus medizinischen Gründen durch einen Arzt oder Psychotherapeuten erfolgen. Es gibt aber auch Bestrebungen, am Montag vor den Schulen gegen die Maskenpflicht zu demonstrieren, was teils selbst in den Reihen der Maskengegner auf Unbehagen stösst. Die Schule solle nicht Schauplatz politischer Auseinandersetzungen werden, Demonstrationen würden die Kinder nur zusätzlich verunsichern, so die Meinung einerseits. Andererseits herrscht die Auffassung, dass sich Kinder durch die Anti-Masken-Demo ihrer Eltern beschützt fühlen würden. (ds)